Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 42 (1948)
Heft: 9

Artikel: Afrika : Wohin?
Autor: Furrer-Proud, Millicent
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139122

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Afrika: Wohin?

An dem im Oktober 1945 in Manchester abgehaltenen panafrikanischen Kongreß gaben die Vertreter Westafrikas für ihr Mißtrauen gegenüber den Europäern folgende Gründe:

«Seit der Ankunft der Europäer in Westafrika ist, infolge der systematischen Ausbeutung durch die fremden imperialistischen Mächte, kein Fortschritt zu verzeichnen, sondern ein Rückschritt. Die Fremdherrschaft duldet Massenanalphabetentum, Krankheit, Unterernährung, Prostitution und viele andere soziale Übel.»

Wir, die wir gewohnt sind, das Positive an der aufopfernden Arbeit der Missionare zu sehen, dürften überrascht sein, daß die Afrikaner auf dem erwähnten Kongreß die Auffassung vertraten, «das organisierte Christentum in Westafrika identifiziere sich mit der politischen und wirtschaftlichen Ausbeutung der westafrikanischen Völker durch fremde Mächte».

Solche Stimmen erreichen uns sehr selten. Wenn die weiße Rasse sich weiter in ihrer Unwissenheit gefällt, so steht ihr in nicht allzu langer Zeit ein rüdes Erwachen bevor, in der Forderung der 139 Millionen Afrikaner auf Lebensbedingungen, die jenen Europas und Amerikas entsprechen.

Ein Korrespondent der «NZZ» bestätigt diese soziale Revolution für Ostafrika und bemerkt dazu, das Tragikomische sei, daß die meisten Europäer in Afrika diese Revolution entweder nicht merken oder sie nicht wahrhaben wollen. Die soziale Unruhe hat in den letzten zehn Jahren, in Asien wie in Afrika, fortwährend zugenommen. Es ist aber bezeichnend, daß wir erst jetzt erfahren, daß in Kenya zum Beispiel schon vor zehn Jahren Massenversammlungen zustandekamen, in deren Verlauf 10 000 Afrikaner einen Protestmarsch nach Nairobi unternahmen, um beim Gouverneur Protest zu erheben («NZZ» Nr. 1471).

Wohl hatten schon immer Einzelne an die Bildungsmöglichkeit der afrikanischen Völker geglaubt und für ihre Befreiung gearbeitet, doch wurde es erst durch die Gründung des Fabian Colonial Bureau im Jahre 1938 möglich, die Kolonialprobleme in den Broschüren des Fabian Colonial Bureau wirklich kennenzulernen und an ihrer Lösung zu arbeiten, um so mehr als hier auch die Meinung der Afrikaner zur Geltung kam.

Vor zwei Jahren veranstaltete das Fabian Colonial Bureau einen Kongreß in Clacton-on-Sea, der von sechzig Angehörigen von Kolonialvölkern und ebensovielen Engländern besucht wurde. Die Ergebnisse dieser Tagung wurden in der Fabier Broschüre «Domination or Cooperation?» (Herrschaft oder Zusammenarbeit?) zusammengefaßt. Sie ist erhältlich beim Fabian Colonial Bureau, 11 Dartmouth Street, London S. W. 1.

Ein paar Beispiele mögen zeigen, wie ungeschminkt die Vertreter der Kolonialvölker sich äußerten. Ein Westinder sagte: «Die Kolonialvölker lesen, daß britische Truppen auf die Farbigen Indonesiens schießen, und hören zugleich, daß Bevin erklärt, Rußland bedrohe das Britische Reich. Dieses Britische Reich ist beim gewöhnlichen Kolonialen verhaßt. Morrison spricht vom «guten alten Reich» und behauptet, England habe auf Grund seiner reichen Erfahrung in Kolonialfragen eine besondere Mission zu erfüllen. Dabei sind es aber gerade diese Erfahrungen der Vergangenheit, die zeigen, daß Großbritannien sich nicht als Treuhänder eignet. Jedes Land, das ein Kolonialreich besitzt, muß bis zu einem gewissen Grade die Herrenrasse-Theorie vertreten.»

Ein anderer Farbiger erklärte: «Wir müssen der neuen englischen Regierung Zeit geben und abwarten, was sie leistet. Diese Regierung hat die Möglichkeit, neue Wege zu gehen. Wenn sie dies tut, müssen wir mit ihr zusammenarbeiten. Tut sie es nicht, so bin ich mit meinen Vorrednern der Auffassung, daß wir die Briten hinauswerfen, und, so gut es geht, selbst zum Rechten sehen.»

Wie schwer die Aufgabe der Labourregierung ist, wissen wir. Wir anerkennen auch, daß sie in diesen ersten Jahren vieles geleistet hat. Doch angesichts der noch ungelösten Schwierigkeiten und der Tatsache zum Beispiel, daß kürzlich die RAF wieder gegen die Eingeborenen der Malaienhalbinsel eingesetzt wurde, muß man sich fragen, ob die Regierung mit der Entwicklung bei den erwachenden Völkern Asiens und Afrikas Schritt hält, und vor allem, ob ihre Methoden immer richtig sind.

In Afrika haben sich die Schwierigkeiten noch verschärft durch die neue Regierung Malan in Südafrika, wo die Farbigen numerisch dreimal stärker sind als die Weißen. Wie die «Tribune» schreibt, wird also heute in Südafrika eine Rassentheorie, die der Hitlerschen an Brutalität nicht nachsteht, von der Regierung eines britischen Dominions vertreten.

In Südrhodesien mit einer schwarzen Bevölkerung von 1,6 Millionen und 100 000 Weißen besteht die Gefahr, daß das Beispiel von Südafrika Schule macht. Die Innenpolitik dieser Kolonie ist fast vollkommen in den Händen der Weißen, dazu verlangen diese jetzt Dominionstatus. Würde er gewährt, so sähe sich die britische Regierung vollends jeder Möglichkeit beraubt, im Interesse der schwarzen Bevölkerung zu intervenieren. Nordrhodesien mit seinen 1,6 Millionen Schwarzen neben 20 000 Weißen mag versucht sein, den gleichen Weg einzuschlagen.

Rita Hinden, die Sekretärin des Fabian Colonial Bureau, ist der Überzeugung (New Statesman, 31. Juli 1948), daß in Nordrhodesien gegenwärtig über das künftige Schicksal Afrikas gerungen wird. Es spielt sich dort ein entscheidender Kampf zweier Ideologien ab. In den

britischen Kolonien, die London unterstehen, bemüht sich die Labourregierung, ihr Programm durchzuführen, das, bei all seinen Unvollkommenheiten doch den Grundsatz der Rassengleichheit und des mit der Zeit allen Völkern zu gewährenden Selbstbestimmungsrechtes hochhält. Von Südafrika her infiltriert sich anderseits die Lehre von der Überlegenheit der weißen Herrenrasse. In Südrhodesien hat sich die winzige Minderheit der Weißen als bevorrechtigte, herrschende Klasse etabliert, nach dem Vorbild der Südafrikanischen Union. Es ist anzunehmen, daß Südrhodesien früher oder später Dominionstatus erhält. Nordrhodesien ist aber heute noch dem Ansturm der sich bekämpfenden Ideologien aus Norden und Süden ausgesetzt. Unter Führung von London werden schleunigst politische Einrichtungen für die Schwarzen geschaffen. Ein Gewerkschaftsführer aus England ist an Ort und Stelle, um die Eingeborenen zu beraten, und die erste afrikanische Gewerkschaft ist bereits gegründet worden. Gleichzeitig aber haben die Europäer Nordrhodesiens eine Delegation nach England abgeordnet, um die Möglichkeiten einer Föderation mit Südrhodesien zu besprechen. Das britische Kolonialamt bestand darauf, daß auch eine Delegation des afrikanischen Rates der Republik den Diskussionen beiwohne.

Diese Verhandlungen werden natürlich von den weißen Siedlern Kenyas und Tanganyikas, deren Sympathien auf seiten der Europäer in Nordrhodesien sein dürften, aufs genaueste verfolgt. Nicht minder aufmerksam sind anderseits die farbigen Völkerschaften des erwachenden Kontinents, die alle den Weißen gegenüber mißtrauisch, ja feindlich eingestellt sind. Es ist schon so, wie Rita Hinden sagt: «Die guten Beziehungen unserer Kolonialregierung zu den Schwarzen hängen an einem Faden. Wenn wir heute in Nordrhodesien nachgeben, so wird er dem Reißen nahekommen, und sollten wir morgen in Kenya nachgeben müssen, was unausbleiblich wäre, so ist der Bruch da. Die neulichen Revolten an der Goldküste sind eine Warnung vor dem Sturm.»

Überdies schließt das Britische Reich heute drei asiatische Dominions in sich. Noch diesen September bringt Indien das Problem der Behandlung der farbigen Völker in Südafrika vor das Plenum der UNO. «Wenn die Schwarzen Afrikas rebellieren, wenn ihre Demonstranten der Ruhe und Ordnung wegen niedergeschossen werden müssen, wird nicht Indien», fragt Rita Hinden, «mit seinen noch frischen Erinnerungen kolonialer Unterdrückung sich gezwungen sehen, dem Britischen Reich den Rücken zu kehren? Und Ceylon, und Westindien?»

«Südafrika haben wir nichts vorzuschreiben, in Südrhodesien gaben wir alle unsere Trümpfe vor Jahren preis. Aber in Nordrhodesien halten wir noch das Heft in den Händen. Wenn wir glauben, das Gebilde der Britischen Völkergemeinschaft sei erhaltenswert, dürfen wir nicht schwanken in unserer Politik.»

Die «Tribune» drückt sich ebenso eindeutig aus. «Entweder verschwindet die Farbenschranke vollständig, oder die britische Gemeinschaft der Nationen gehört der Vergangenheit an.»

Hier ein Beispiel, das einen Begriff geben mag, wie sich die erwachenden Schwarzen für ihre Rechte wehren. Letzten April wurde in Bulawayo der Generalstreik ausgerufen. Alle farbigen Arbeiter in den Hauptorten Südrhodesiens, Fabrikarbeiter, Ladenangestellte, Dienstboten legten geschlossen die Arbeit nieder. Ihre Forderungen waren: ein aus Schwarzen rekrutiertes Arbeitsschiedsgericht und gewisse Garantien einer Besserung ihrer Existenzbedingungen (bis dahin 25 Shillinge Monatslohn, 20 Personen in einen Raum zusammengepfercht, keine Möglichkeit für die Schwarzen, ein Familienleben zu führen). Der Streik wurde offenbar gut und diszipliniert geführt. Die Europäer mußten sich selbst ihre Milch, ihr Brot und die übrigen Nahrungsmittel holen und ihr Frühstück zubereiten, die Betten machen und das Geschirr abwaschen. Der Streik ging in wenigen Tagen zu Ende, sobald das Schiedsgericht zugesichert war.

An der Goldküste, die oft als die blühendste aller afrikanischen Kolonien bezeichnet wird, ereigneten sich letzten Februar schwere Unruhen. Läden wurden geplündert, 26 Personen wurden getötet, 242 verwundet und Schaden im Umfange von zwei Millionen Franken angerichtet, auch nicht gerade ein Beweis politischen und wirtschaftlichen Friedens.

Von all den Plänen für die Verbesserung des Loses der Schwarzen ist das Erdnußprojekt der kühnste. Um dem Fett- und Ölmangel in England abzuhelfen und zugleich 32 000 Schwarzen Arbeit zu verschaffen, sollen in Ostafrika etwa drei Millionen acres (Jucharten) mit Erdnüssen angepflanzt werden, als erstes, zukunftweisendes Unternehmen kooperativer Bodenbewirtschaftung. «Empire», eine Monatsschrift des Fabian Colonial Bureau, gab einigen führenden Leuten unter den Schwarzen Ostafrikas Gelegenheit, sich zu diesem Projekt zu äußern. Sie fanden, «man habe den Schwarzen keinen Ansporn geboten, diese Aufgabe sich zu eigen zu machen. Das Unternehmen sei der United African Company ausgeliefert worden, dem verhaßtesten Oktopus von ganz Tropisch-Afrika («Empire» stellt dies in Abrede), man habe sich nicht um die Wünsche und Ansichten der Schwarzen gekümmert, sie seien am ganzen Unternehmen nicht Teilhaber, sondern nur Zuschauer oder Arbeiter.»

Die Schwarzen scheinen übrigens recht zu haben, wenn sie von einem wirtschaftlichen Oktopus sprechen. Die United African Company ist ein Reich innerhalb des Britischen Reiches, ihre Macht ist größer als die irgendeiner Regierung. Zwei Drittel ihrer Geschäfte werden an der Goldküste und in Nigerien getätigt, das letztere ist heute das größte dem Kolonialamt unterstehende Gebiet, es bedeckt eine Fläche,

die derjenigen von Deutschland, Frankreich und Italien zusammen gleichkommt. Die UAC kauft 60 Prozent der Produkte ihres Einzugsgebietes und verkauft die Hälfte aller abzusetzenden Waren. In den Rest des Geschäftes teilen sich acht andere europäische Firmen, die darauf bedacht sind, sich zu der UAC gut zu stellen. Kein Wunder, daß die Schwarzen sagen, «UAC heißt Regierung». Die «Tribune», die sich in einem ausgezeichneten Leitartikel mit den Verhältnissen befaßt, weist darauf hin, daß die UAC in Nigerien und anderen Gebieten des afrikanischen Kontinents über eine Macht verfügt, wie sie in England noch 1945 die Bergwerkbesitzer, die Stahlmagnaten, die Eisenbahn- und Transportmächtigen und die Bankiers in ihrer Gesamtheit kaum besaßen. Wenn man bedenkt, daß die ganze Zukunft der britischen Völkergemeinschaft davon abhängt, wie diese Macht genützt wird, so ist es nicht verwunderlich, daß die «Tribune» vorschlägt, Labour solle in seiner zweiten Regierungsperiode die UAC verstaatlichen. Was dies bedeuten würde, ergibt sich aus der Tatsache, daß die UAC eine Tochtergesellschaft der Unilever ist, eines Trustes, der fast überall auf der Welt anzutreffen ist. (Lux, Vim, Pepsodent usw.)

Natürlich ist es noch ein weiter Schritt von einem solchen Vorschlag bis zu seiner Verwirklichung, um so mehr als sich die englische Bevölkerung, wie die anderer Länder, weit weniger interessiert für das, was jenseits der Landesgrenzen geschieht, als für Vorgänge, die sich ihr jeden Tag aufdrängen. Immerhin zeigt sich, daß wenigstens einige Arbeiterführer begriffen haben, daß fortschrittliche Maßnahmen weit schneller durchgeführt werden müssen als in der Vergangenheit. Die Europäer in Afrika natürlich finden das Tempo der Fabians viel zu stürmisch und können, wie sich ein Korrespondent der «NZZ» ausdrückt, in einem schwarzen Volksführer nur einen «bloody communist» sehen.

George Padmore, ein solcher Führer aus Trinidad, schrieb ein Buch unter dem Titel: «How Russia Transformed her Colonial Empire» (1946), «Wie Rußland sein Weltreich umwandelte», das er allen Untertanenvölkern, Gelben, Braunen und Schwarzen widmete, die für ihre nationale Freiheit und soziale Befreiung vom imperialistischen System kämpfen. Padmore vergleicht die Lage der Afrikaner heute mit derjenigen der asiatischen Kolonien Rußlands unter dem Zaren. Damals gab es Volksstämme, die kein Alphabet besaßen, kein Wort für Arzt oder Spital. Nun ist das Analphabetentum fast verschwunden, und diese asiatischen Völker haben die gleichen Rechte wie die andern. Die Eingeborenen der Goldküste anderseits werden erst in 700 Jahren lesen und schreiben können, wenn der Entwicklungsprozeß so langsam vor sich geht wie in der Vergangenheit. «Für die Farbigen», sagt Padmore, «ist ethnische Demokratie das Wichtigste. In der Sowjetunion finden sich keine Maueranschläge ‚Für Neger und Hunde kein Zutritt'. Zivile und politische Unfreiheiten bestehen tatsächlich

in der Sowjetunion, aber sie bestehen für alle. Stalin nimmt nicht die Hautfarbe eines Volkes oder Stammes zum Vorwand, um ihm politische Rechte vorzuenthalten. Nun ist es aber gerade dieser Punkt, der, trotz aller Kritik an Rußland, die farbigen Rassen Asiens und Afrikas im Sowjetsystem etwas Besseres sehen läßt als in der angelsächsischen Demokratie.»

Es bedarf übrigens nicht der Bücher eines George Padmore, um den Farbigen begreiflich zu machen, daß bessere Lebensbedingungen für sie möglich sind. Viele von ihnen haben an der Seite europäischer Truppen gekämpft, sie haben am eigenen Leibe erfahren, was richtige Nahrung für die Gesundheit eines Menschen bedeutet. Kein Wunder darum, daß die Forderung nach besseren Lebensbedingungen, Schulen und allgemeinen Menschenrechten nicht mehr verstummen will.

Es geht hier nicht nur um das britische oder das französische oder belgische Kolonialreich, es geht auch nicht um die Frage der Kolonien überhaupt. Die Frage lautet: Wie können wir den Lebensstandard der unterprivilegierten Rassen der Welt heben? Werden wir, die «rauflustigen und blutdürstigen Stämme Europas», wie uns die Farbigen nennen, die Aufgabe in Angriff nehmen, bevor es zu spät ist?

Millicent Furrer-Proud.

Weltrundschau

Todesmarsch der Kultur? «Gottes Heilsplan und der Welt Unordnung» — das war das Zentralthema, das der nun zu Ende gehenden Weltkirchenkonferenz in Amsterdam zur Behandlung gestellt war. Und mit wieviel Recht! Denn um die Frage, wie von den Ordnungen des Gottesreiches her und mit seinen überlegenen Kräften das Weltchaos gebändigt und die Herrschaft der ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit auf unserer Erde aufgerichtet werden könne, müßte sich ja alles Planen und Mühen der Menschen drehen, auf dem nicht von vornherein der Fluch des «Vergeblich!» liegen soll. Und wenn von der Amsterdamer Tagung überhaupt irgendeine fruchtbare Wirkung ausgehen soll, dann kann sie nur darin bestehen, daß sie das Kommen jener «Revolution Christi» beschleunigt, ohne deren Anhub die Welt verloren gehen müßte.

Wir denken dabei nicht nur an die Drohung eines neuen Krieges, die über der Menschheit hängt; wir denken ebensosehr an das, was man den «Todesmarsch der Kultur» genannt hat, an die fortschreitende Verengerung des Lebensspielraums der Menschheit und die daraus hervorgehende, immer näher rückende Gefahr einer chronischen *Welthungersnot*, wie sie denen, die sehen und hören wollten, kürzlich von Sir John Boyd Orr, dem früheren Leiter der Ernährungs- und Land-